

Informationen des Solidaritätsfonds der KAB / KAJ der Diözese Linz

www.mensch-arbeit.at

Spendenkonto: 644757 BLZ 54000

„Es wird ein langsamer, sehr schwieriger Weg“

So schrieb die Generalsekretärin der WBCA (Weltbewegung der christlichen ArbeitnehmerInnen) über die „Wiederbelebung“ der ACO (christliche ArbeitnehmerInnenbewegung) in Haiti in einem E-Mail Anfang März 2011.

Das Land Haiti kommt seit dem Erdbeben Anfang 2010, bei dem es über 300.000 Tote gab, nicht zur Ruhe: So hat die Choleraepidemie, die Mitte vorigen Jahres ausgebrochen ist, bisher über 5.000 Menschenleben gefordert und anhaltende Regenfälle mit einem Hurrikan erst jetzt Anfang Juni d. J. an die 30 Tote und über 700 obdachlosen Familien mit sich gebracht.



TeilnehmerInnen am Treffen (Kurs) der ACO-Haiti mit MTC-Mitgliedern aus Nicaragua und der Dominikanischen Republik

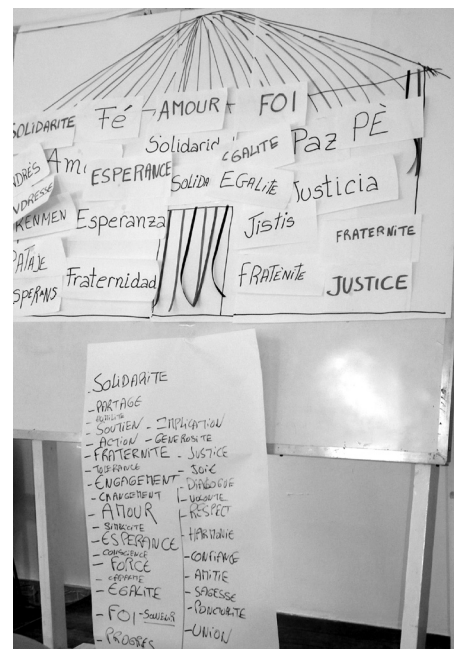
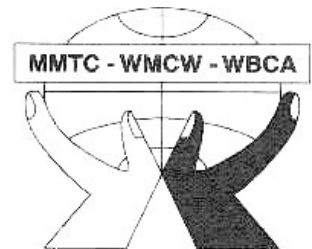
Auch politisch ist das Land noch immer in einer Krise. Nach der ersten Abstimmungsrunde zur Präsidentenwahl am 7. Dezember 2010 folgten mehrtägige Unruhen, beim zweiten Wahlgang im April 2011 gab es zwar einen eindeutigen Gewinner – den populären Sänger Michel Joseph Marelly – die Partei des scheidenden Präsidenten versuchte aber die Parlamentswahlen im großen Stil zu fälschen. Und ein vom Präsidenten Mitte Juni 2011 vorgeschlagener Geschäftsmann als Regierungschef wurde vom Parlament abgelehnt.

In dieser unruhigen Zeit versucht die WBCA den Wiederaufbau der ACO in Haiti zu unterstützen und berichtet von der Solidaritätskampagne 2010:

In diesem Jahr widmete sich die Solidaritätskampagne dem Wiederaufbau der ACO Haiti. Diese Bewegung sah sich in den vergangenen Jahren mit großen Schwierigkeiten konfrontiert, bedingt durch die schwierige politische und wirtschaftliche Situation im Lande. Die ACO gäbe es nicht mehr, wenn sich nicht einige Mitglieder unermüdlich für sie eingesetzt hätten. Das schreckliche Erdbeben, das Port-au-Prince im Januar heimgesucht hatte, machte diesen Einsatz nötig. Das Sekretariat der ACO wurde komplett zerstört und damit verschwanden alle Dokumente, Archive und Projekte. Die Mobilität der Mitglieder war stark eingeschränkt, ebenso die Kommunikation untereinander, viele Mitglieder vermissen wir bis heute. Trotz dieser riesigen Probleme war immer der Wunsch der ACO vorhanden, dass die Bewegung wieder aufgebaut wird und dass eine Organisation wie die ACO in dieser Zeit allergrößte Bedeutung hat. Die ACO kann der Bevölkerung Struktur und Motivation geben,

und dies ist wichtig, um bewusst und aktiv den Wiederaufbau des Heimatlandes gemeinsam anzugehen.

Die Kampagne wird vom Sekretariat der WBCA koordiniert, und ihre Aktivitäten werden mit außerordentlicher Hilfe der Bewegung aus der Domi- ➔



Die tragenden Werte der Solidaritätskampagne: Solidarität, Hoffnung, Geschwisterlichkeit, Gerechtigkeit, Friede ... – aus der Sicht der KursteilnehmerInnen.

nikanischen Republik (MCT) organisiert. Als ersten Schritt zum Wiederaufbau besuchten zwei Repräsentanten der MCT Haiti, um die Gegebenheiten vor Ort und die Bedürfnisse der Bewegung zu erfahren. Der zweite Schritt bestand in einem Gruppentreffen, das in Santiago in der Dominikanischen Republik stattfand. Die ACO und die MCT nahmen daran teil, die Leitung übernahm die WBCA.

Das Ergebnis dieses Treffens war eine genaue Bestandsaufnahme: der momentanen Situation der ACO, ihre derzeitigen Stärken und Schwächen. Es war eine Zeit der Anteilnahme und des Austausches; es wurde überlegt, wie die Basisgruppen gefördert werden können, um sie zu einem Ort der Reflexion zu machen und zu einem Hort mit politischer

Bedeutung für die Bevölkerung. An dieser Stelle möchten wir von ganzem Herzen allen Bewegungen danken, die an dieser Kampagne teilgenommen haben.

Die Solidaritätskampagne zum Wiederaufbau der ACO Haiti dauert an. Wir hoffen, die Bewegungen haben immer wieder Gelegenheiten über Haiti zu reden, über die neuen Entwicklungen zu informieren und an die Solidarität zu appellieren. Die Unterstützung der ACO ist vollständig finanziert von den Spenden der Bewegungen in der WBCA. ■

Der Solifonds hat die Solidaritätskampagne für Haiti mit Euro 1.500,-- unterstützt.

Quelle: www.mmtc-infor.com: Infor Febr./März 2011

Zwischen Solidarität und Unterdrückung

Situation der haitianischen EinwanderInnen in der Dominikanischen Republik. Auszüge aus einem Bericht von WIDE (Woman in Development Europe) über den Besuch von Frau Sonia Pierre im März 2011 in Österreich¹.

Sonia Pierre (Solain Pie) ist Leiterin der Frauenorganisation „Movimiento de Mujeres Dominico-Haitianas“ (MUDHA), die sich für die Rechte haitianischer MigrantInnen erster, zweiter und dritter Generation in der Dominikanischen Republik einsetzt.

Bei ihrem Besuch in Österreich erläuterte Sonia Pierre die rechtliche und soziale Situation dominiko-haitianischer MigrantInnen in der Dominikanischen Republik in den letzten 20 Jahren, sprach über ihre persönliche Situation (Sonia Pierre und Familie leben zeitweise unter massiver Bedrohung durch dominikanische Nationalisten) und berichtete über die Aktivitäten von MUDHA (Movimiento de Mujeres Dominico-Haitianas) nach dem verheerenden Erdbeben in Haiti im Jänner 2010.

Die Situation der dominiko-haitianischen MigrantInnen in der Dominikanischen Republik ist seit Jahrzehnten sehr prekär. Nach wie vor kämpft MUDHA um Anerkennung der dominikanischen Staatsbürgerschaft der Kinder von haitianischen EinwandererInnen, die bereits in der Dominikanischen Republik geboren wurden. Trotz gewonnener Fälle vor dem Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof ist die Praxis der dominikanischen Behörden nach wie vor stark diskriminierend. Die Verweigerung der Anerkennung der Staatsbürgerschaft von in der Dominikanischen Republik geborenen Kindern haitianischer MigrantInnen hat weitreichende Folgen: ihnen



Sonia Pierre, Menschen- und Frauenrechtsaktivistin aus der Dominikanischen Republik

wird aufgrund der fehlenden Dokumente der Zugang zu Schulbildung erschwert bzw. bleibt ihnen der Übertritt in die Oberstufe verwehrt. Damit bleibt die zweite Generation der MigrantInnen illegalisiert und marginalisiert. Die Situation von Frauen in den Siedlungen der ZuckerrohrarbeiterInnen (Bateyes) ist nach wie vor besonders schwierig. Aufgrund mangelnder Perspektiven werden Mädchen früh in Beziehungen und oft

auch in die Prostitution gedrängt. Die Bateyes werden von der dominikanischen Regierung nicht in nationale Entwicklungspläne inkludiert. Schulbildung, Infrastruktur wie Kindergärten, medizinische Versorgung – all das ist in den Bateyes nicht gegeben bzw. existiert nur teilweise durch Privatinitiativen. Folge dieses sozialen Ausschlusses ist z. B., dass in den Bateyes die HIV-Rate weiter ansteigt, während sie in der restlichen Dominikanischen Republik gesunken ist. MUDHA leistet seit vielen Jahren Aufklärungs- und Bildungsarbeit mit Frauen und Kindern, führt Community-Programme durch und ist in der Rechtsberatung und -unterstützung tätig. Sonia Pierre berichtete von jüngsten Initiativen nationalistischer Gruppierungen, bereits langjährig eingebürgerten MigrantInnen aus Haiti die Staatsbürgerschaft wieder abzuerkennen, was derzeit durch die Nicht-Verlängerung ➔

der Reisepässe von Personen dieser Gruppenzugehörigkeit praktiziert wird.

Nach dem Erdbeben in Haiti im Jänner 2010 hat sich MUDHA in der Soforthilfe engagiert und erlebte auch eine starke Solidarität von DominikanerInnen. In der Stadt Léogâne, einer westlich von Port-au-Prince gelegenen Stadt, die besonders stark vom Erdbeben betroffen war, betrieb MUDHA bereits ein Waisenhaus. Die Aktivitäten wurden in dieser Region besonders intensiviert und MUDHA begann, sich um obdachlose Frauen, die in Lagern leben, zu kümmern. Manche Frauen, die alles verloren haben, prostituieren sich, um zu überleben. Sonia Pierre berichtete von massiver sexueller Gewalt gegen Frauen in den Lagern. Es dauerte Zeit und benötigte den Aufbau von Vertrauen, bis die Frauen begannen, über ihre Gewalterfahrungen zu sprechen, zuerst oftmals in der dritten Person („Ich weiß von einer Frau, der das und das passiert ist..“). MUDHA erfuhr so von massiver sexueller Gewalt – z. B. mehrfache Vergewaltigungen in einer Nacht – über die die Frauen wegen der Angst vor Stigmatisierung schwiegen. MUDHA suchte nach Formen der Arbeit mit den Frauen, um unter ihnen Vertrauen aufzubauen und or-

ganisierte in der Folge Wachdienste, stattete die Frauen mit Trillerpfeifen aus und konnte so erreichen, dass Gewalttäter, die in Zelte eindringen, von Nachbarinnen ergriffen und an das Wachpersonal ausgeliefert werden konnten. Aufgrund dieser Erfahrungen ist es eine dringende Forderung von MUDHA an die haitianische Regierung und die internationalen Organisationen, Wachpersonal zu sensibilisieren und zu schulen, aber vor allem auch den Wiederaufbau voranzutreiben und Frauen damit das Wohnen in sicheren, gemauerten Häusern zu ermöglichen.

Eine der Forderungen von Sonia Pierre ist, dass sich die Staatengemeinschaft aktiver für die Einhaltung der Frauen- und Menschenrechte einsetzen muss. Ein Vorschlag ist, dass in internationale Handelsabkommen Klauseln zu den Menschenrechten von MigrantInnen aufgenommen werden sollten. ■

Weitere Informationen: www.wide-netzwerk.at

1) Der Solidaritätsfonds der KAB/KAJ unterstützte die Arbeit von Frau Sonia Pierre anlässlich ihres Besuches in Österreich mit Euro 500,--.

Bericht über die Delegationsreise nach Kolumbien, 4. bis 19. Februar 2011

„... doch wir gehen weiter!“

so beendete Beatrice* aus der Friedensgemeinde in Kolumbien ihre Erzählung eines Massakers, als im Februar eine Gruppe von ÖsterreicherInnen zu Gast war. Neben Treffen mit NGOs, Gewerkschaftern, Politikern, Botschaftern und Vertretern der kolumbianischen Armee stand der Besuch der Friedensgemeinde von San José de Apartadó im Zentrum dieser Solidaritätsreise, die vom internationalen Versöhnungsbund organisiert wurde.

„... doch das Leben geht weiter und ich schlafe seit einigen Monaten auch nicht mehr aus Angst unter dem Bett.“, sagt Eva* am Ende eines berührenden Gesprächs. Sie wurde – wie fast 100 % der Kleinbauern im Osten der Provinz Antioquien – von ihrem Land vertrieben und zählt somit zu den vier Millionen Binnenflüchtlingen im Land.

Kolumbien ist seit vielen Jahrzehnten von einem **internen bewaffneten Konflikt** gebrandmarkt und steht weltweit an zweiter Stelle in der Anzahl der internen Vertriebenen, nach dem Sudan. Das staatliche Militär, die BACRIMs („kriminelle Gruppen“, ehem. Paramilitärs) und die Guerilla-Gruppen (FARC, ELN) stehen in grausamem Kampf, in den seit Uribes Politik der „demokratischen Sicherheit“ (ab 2003) mehr und

mehr Zivilbevölkerung miteinbezogen wurde. Für Interessen der Multinationalen (Coca-Cola, Banacol, Chiquita, etc.) und der korrupten Regierung bringen sich Landsleute gegenseitig um, finanziert mit Militärhilfe aus den USA und dem Drogenhandel. Konzerne schrecken nicht davor zurück, bewaffnete Gruppen

zu finanzieren, um Land für Großprojekte „freizuräumen“, MenschenrechtsaktivistInnen umzubringen oder aufmüpfige Gewerkschafter aus dem Weg zu schaffen. 60 % aller Morde an GewerkschafterInnen weltweit wurden in Kolumbien begangen. Und doch führt der neue Präsident Juan Manuel Santos die gleiche Politik weiter wie sein Vorgänger Uribe, wenn auch in anderem Ton.



Bedrückend und überwältigend sind die Fakten dieses von Gewalt durchzogenen Landes, in denen sich die Gewalt als Selbstverständlichkeit in den Köpfen vieler Menschen eingestaltet hat.

„Frieden ist für uns nicht, von schussbereiten Militärs bewacht zu werden. Frieden ist für uns, ohne Angst vor den Nachbarn leben zu können – ohne Waffen.“, erzählt Juan* aus der Friedensgemeinde, einem erstaunlichen Projekt: 1997, nach massiven Vertreibungen durch Paramilitärs, schlossen sich Campesinos der Gegend von Urabá zusammen und gründeten eine Gemeinde nach den Grundsätzen der Gewaltfreiheit (keine Teilnahme am Krieg, kein Tragen von Waffen, keine Informationsweitergabe an bewaffnete Akteure etc.)

Ein zukunftsweisendes „Projekt des Lebens“, das dem „Staat des Todes ein Dorn im Auge ist“, wie es José*, eines der Gemeinderatsmitglieder, formuliert. Nach 14 Jahren gelebter Alternative ist immer noch kein Ende der Drohungen, der Gewalt, der Grenzüberschreitungen in Sicht. Uns faszinieren die trotz allem leuchtenden Augen dieser Menschen, ihre Geschichten und ihr Mut. Ihr Mut zum Weitergehen, ihre Wahl für das Leben.

Damit nicht mit Kolumbien das Gleiche passiert wie derzeit in Nordafrika: Dass die Weltbevölkerung nach 30 Jahren aufwacht und feststellt: "Was? Hier gibt's bewaff-

neten Kampf? Hab ich ja gar nicht gewusst! Schrecklich ...“ Von ihnen nehmen wir ein Stück Hoffnung mit, dass dieses wunderschöne Land und seine Menschen Frieden finden werden. ■

Seguimos adelante

Bericht: Mira Hurch,
Mitglied der Delegationsgruppe aus Österreich

Genauere Informationen: www.versoehnungsbund.at (Für Februar 2012 ist eine neuerliche Reise geplant!) www.cdpsanjose.org

* Name aus Sicherheitsgründen geändert



Grundsätze der Gewaltfreiheit der Friedensgemeinde von San José de Apartado

Liebe LeserInnen und UnterstützerInnen,

in unten stehender Grafik ist die langjährige Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Solidaritätsfonds der KAB / KAJ dargestellt. Auf Grund der großen Treue vieler UnterstützerInnen, die seit vielen Jahren verlässlich ihren Betrag einzahlen, sind die Einnahmen mit kleinen Schwankungen über die Jahre von 2002 bis heute im Großen und Ganzen gleich geblieben. Dies obwohl sich die Anzahl der UnterstützerInnen ganz leicht verringert hat, u. a. auch deshalb, weil die eine oder der andere in der Zwischenzeit verstorben ist. Ich möchte mich an dieser Stelle im Namen aller Mitglieder des Kuratoriums des Solifonds recht herzlich für die Treue und Unterstützungen bedanken.

Nur so ist es uns nämlich möglich, immer wieder auf die Ansuchen von ProjektpartnerInnen aus den Entwicklungsländern

positiv zu reagieren und gewisse Projekte (wie zum Beispiel die Frauentischlerei in Condega, Nicaragua) auch längerfristig zu fördern.

In der Überzeugung, dass unsere zeichenhafte Unterstützungen für unsere Projektpartner eine echte Hilfe bedeuten und für uns alle gelebte Solidarität darstellt, bitte ich Sie/Dich weiterhin um Ihre/Deine Spende.

Peter Großbauer
Vorsitzender des
Kuratoriums des Solifonds

Solidaritätsfonds der KAB/
KAJ der Diözese Linz
Konto Nummer: 644757,
Hypo-Landesbank
BLZ 54000

Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Solidaritätsfonds der KAB / KAJ

